

IIRF Bulletin

Internationales Institut für Religionsfreiheit
International Institute for Religious Freedom
Institut International pour la Liberté Religieuse



Thomas Schirrmacher

Verfolgung & Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert

Bonn – Cape Town – Colombo

Eine monatliche Ausgabe von
Berichten, Forschungsprojekten,
Dokumentationen und Neuauflagen

IIRF Bulletin Jahrgang 1 (2012) Heft 2/Februar

Das Institut arbeitet unter der Aufsicht der Weltweiten Evangelischen Allianz und ist als Organisation registriert in PO Box 265, Suite 6, Borough House, Rue du Pré, Saint Peter Port, Guernsey, Channel Islands, GY1 3QU. Das Büro in Colombo ist registriert bei der Asiatischen Evangelischen Allianz in Sri Lanka. Das Büro in Cape Town ist registriert als IIRF Cape Town Büro in Südafrika. Das Büro in Bonn ist dem ProMundis e.V. angeschlossen (Bonn, 20 AR 197/95).

Friedrichstr. 38
2nd Floor
53111 Bonn
Germany

PO Box 535
Edgemoor 7407
Cape Town
South Africa

32, Ebenezer Place
Dehiwela
(Colombo)
Sri Lanka

www.iirf.eu
bonn@iirf.eu
capetown@iirf.eu
colombo@iirf.eu

Vorstand

- Vorsitzende: Dr. Paul C. Murdoch (im Auftrag von der Deutschen Evangelischen Allianz)
- John Langlois (im Auftrag von der Deutschen Evangelischen Allianz)
- Julia Doxat-Purser (im Auftrag von der Deutschen Evangelischen Allianz)
- Godfrey Yogarajah (Sri Lanka, Religious Liberty Commission)

Direktoren und Verantwortliche

- Direktor: Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher (Germany)
- Co-Direktor: Dr. Christof Sauer (South Africa)
- Direktionsbüro Colombo: Roshini Wickremesinhe, LLB
- CFO: Manfred Feldmann (Germany)
- Rechtsberater: Martin Schweiger (Singapore)
- Repräsentation innerhalb UN, OSCE, EU: Arie de Pater (Netherlands)
- Forschung: Fernando Perez (India)
- Forschung: Joseph Yakubu (Nigeria)
- Öffentlichkeitsarbeit: Ron Kubsch (Germany)

Wissenschaftlicher Beirat

- Ehrenvorsitzender: Prof. Dr. Dr. John Warwick Montgomery (France)

- Prof. Dr. Janet Epp Buckingham (Canada): Human rights law
- Prof. Dr. Lovell Fernandez (South Africa): Transitional justice
- Prof. Dr. Ken Gnanakan (India): Universities, Social justice
- Dr. Rosalee Veloso Ewell (Brazil): Consultations
- Prof. Dr. Thomas Johnson (Czech Republic): Natural law ethics
- Max Klingberg (Germany): Human rights organizations
- Drs. Behnan Konutgan (Turkey): Orthodox Churches
- Ihsan Yinal Özbek (Turkey): Turkish Islam
- Dr. Paul Marshall (USA): Religious liberty research, Islam
- Patson Netha (Zimbabwe): Africa
- Prof. Glenn Pennert (Canada)
- Prof. Dr. Bernhard J. G. Reitsma (Netherlands): Islam and Christianity
- Prof. Dr. Rainer Rothfuß (Germany): Geography
- Prof. Dr. Christine Schirmmacher (Germany): Islamic Sharia
- Dr. Benyamin Intan (Indonesia): Peacebuilding
- Prof. Dr. Donald L. Stults (USA): Training
- Anneta Vyssotskaia (Russia): Central and Eastern Europe
- Yoshiaki Yui (Japan): Church and state

Impressum

Internationales Institut für Religionsfreiheit
International Institute for Religious Freedom
Institut International pour la Liberté Religieuse
der Weltweiten Evangelischen Allianz

Eine monatliche Ausgabe von Berichten, Forschungsprojekten, Dokumentationen und Neuauflagen, herausgegeben von



Bonn – Cape Town – Colombo

VKW Culture and Science Publ.

V.i.S.d.P. Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher
Friedrichstr. 38, 53111 Bonn, Germany

Spendenkonto:
EKK (Ev. Kreditgenossenschaft Kassel eG)
Kto.-Nr. 3 690 334, BLZ 520 604 10

Verwendungszweck: IRF 1000

Internationale Kto.-Nr. (IBAN):
DE02520604100003690334
Internationale Bankleitzahl (BIC):
GENODEFIEK1

www.iirf.eu/iirfbulletin

Thomas Schirmmacher

Verfolgung & Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert



Prof. Dr. phil. Dr. theol. Thomas Schirmmacher, PhD, DD (geb. 1960) ist Rektor des Martin Bucer Seminars (Bonn, Zürich, Innsbruck, Prag, Istanbul), wo er auch Ethik und Missions- und Religionswissenschaft lehrt, Professor für Religionssoziologie an der Staatlichen Universität des Westens in Timisoara, Rumänien, Distinguished Professor of Global Ethics and International Development an der William Carey University, Shillong, Meghalaya, Indien, Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit (Bonn, Kapstadt, Colombo) und Sprecher für Menschenrechte und Vorsitzender der Theologischen Kommission der Weltweiten Evangelischen Allianz, die 600 Mio. evangelische Christen vertritt. *(Foto: Schirmmacher (links) mit dem UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit Prof. Dr. Heiner Bielefeldt anlässlich einer Doppelvorlesung.)*

Inhaltsverzeichnis

Vier Missverständnisse	5
Worum es geht	6
Zur Sonnenseite: Christentum und Demokratisierungswellen	7
Die Lage der Religionsfreiheit	8
Die Schattenseite: Christenverfolgung ohne Parallele	8
Ist die christliche Mission schuld? Zum Ethikkodex für Mission	9
Der Diskurs nimmt zu und lohnt sich	10

47. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Berlin 2010 (Gekürzte Fassung).

Insbesondere wurden Aussagen gekürzt, die sich bereits in einem früheren Artikel finden: „Einsatz gegen Christenverfolgung nur in eigener Sache? Warum Religionsfreiheit ein zentrales Thema der Politik sein sollte“. Evangelische Verantwortung (EAK der CDU/CSU) 10/2006: 6-14

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Bundesvorsitzender [Thomas Rahel], liebe Delegierte und Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU,

die Christlich-Demokratische Union wurde nach der Hitlerdiktatur gegründet. Dabei verstand sich die Partei aber nicht mehr wie manche frühere christliche Parteien als verlängerter Arm einer Kirche in die Politik oder Regierung, was den Weg frei machte für eine überkonfessionelle Partei aller Christen, eben eine ‚Union‘. Der Evangelische Arbeitskreis sollte dafür sorgen, dass auch das evangelische Denken seinen Ort in der CDU und der CSU fand.

All das setzte natürlich einen demokratischen Staat mit Religionsfreiheit voraus, der dann ja auch – Gott sei Dank – Wirklichkeit wurde, in dem weder der Staat die Kirchen und Religionsgemeinschaften regiert, noch diese den Staat, zugleich aber ein möglichst gedeihliches Zusammenleben gewährleistet ist und die Religionen – anders etwa als im Konzept Frankreichs – weitmöglichst die gleiche Öffentlichkeit teilen. Der Religionsunterricht ist dafür ein ebenso augenfälliges Beispiel – mitten in der Schule, bezahlt vom Staat als ordentlichem Lehrfach, aber unter inhaltlicher Gestaltung der Religionsgemeinschaften. Die Deutschen genießen eine große Religionsfreiheit und haben 50 Jahre unverändert gut mit den Mitte des letzten Jahrhundert gewählten Regelungen gelebt. Erst die Ankunft einer zweiten großen Religionsgemeinschaft, dem Islam, macht es naturgemäß zunehmend nötig, manche alten Wege neu zu überdenken und neu auszuhandeln, aber das ist heute nicht unser Thema.

Das dieser Staat so geworden ist, ist nicht nur Atheisten und Säkularisten zu verdanken, ohne deren Part an der Entwicklung seit der Aufklärung oder etwa im Parlamentarischen Rat und danach schmälern zu wollen. Dies ist auch nicht nur den Minderheitenreligionen zu verdanken, die immer schon ein berechtigtes Interesse an Religionsfreiheit hatten und haben, sondern ausdrücklich auch der Mehrheitsreligion dieses Landes und insbesondere denen, die auf ihrer Grundlage Politik machen wollten. Die katholischen und evangelischen Vordenker im Parlamentarischen Rat waren insofern ja oft schon weiter als die Kirchen, denen sie angehörten. Die den Mehrheitsreligio-

nen unseres Landes nahestehenden Parteien haben die Religionsfreiheit in diesem Land ausdrücklich gewollt und mit geprägt.

Der Evangelische Arbeitskreis ist ein sinnfälliges Symbol dafür, dass man in unserer Demokratie als Christ nicht nur geduldet ist, sondern im Gespräch mit Christen anderer Konfessionen und allen Menschen guten Willens im Rahmen einer übergreifenden Volkspartei das öffentliche Leben mitgestalten kann, wenn man denn dafür die nötigen Wählerstimmen gewinnt.

Vier Missverständnisse

Da ich angesichts des Themas schon die ersten Einwände höre, wieso hier speziell die Christenverfolgung - oder allgemeiner die Religionsverfolgung - herausgehoben wird, möchte ich gleich zu Beginn vier wesentliche Punkte ansprechen.

1. Religionsfreiheit können alle Menschen für sich beanspruchen und nicht nur Christen. Das ist nicht nur eine politische Vorgabe, sondern ergibt sich aus dem christlichen Glauben selbst. Denn Gott hat alle Menschen als seine Ebenbilder geschaffen, nicht nur die Christen. Die innerste Orientierung des Gewissens und Herzens des Menschen darf und kann demnach nicht erzwungen werden. Und was Jesus seinen Jüngern verwehrt hat, nämlich Feuer auf die fallen zu lassen, die seine Botschaft ablehnten, ist Christen für alle Zeiten aus Prinzip verwehrt.

Und wer sich anschaut, welche Aufgaben das Neue Testament dem Staat zuweist, sieht, dass die Ausbreitung oder Förderung einer bestimmten Religion nicht dazugehört, dafür aber Frieden und Gerechtigkeit für alle. Christen unterstehen in Sachen weltlicher Gerechtigkeit dem Staat, ja Paulus kann den nichtchristlichen Staat geradezu als „Diener Gottes“ beschreiben, wenn er Christen bestraft, die Böses tun (Röm 13,1-7). Dass Christen das in der Geschichte oft ganz anders gehandhabt haben, ändert nichts daran, dass ein Christ seinen Glauben nicht verbiegen muss, wenn er für Religionsfreiheit eintritt, sondern sich diese natürlich aus seinem Glauben ergibt.

Christen beanspruchen also für sich kein größeres Anrecht auf Religionsfreiheit als für andere. Die Tötung eines Muslim oder Bahai um seines Glaubens Willen ist ebenso furchtbar wie die Tötung eines Christen. Und Christen wollen „mit allen Menschen in Frieden“ (Röm 12,18) leben, nicht nur mit ihresgleichen.

2. Wenn Christen sich derzeit so massiv für bedrängte und verfolgte Christen einsetzen, hat das zunächst

einen historischen Grund, eine fast 2000 Jahre zurückreichende liturgische und praktische Tradition in der Christenheit selbst.

Dass aber die Kirchen sich weltweit auf ihre Weise gegen Christenverfolgung liturgisch im Gebet und durch Information einsetzen, etwa wie in Deutschland durch einen jährlichen Gedenksonntag die EKD oder die Deutsche Bischofskonferenz oder die Evangelische Allianz weltweit in über 100.000 Kirchengemeinden, bringt den Gedanken der Religionsfreiheit wahrscheinlich mehr in die Öffentlichkeit als irgend etwas sonst. Und der weltweite Einsatz christlicher Nachrichtendienste und Medien gegen die Verletzung von Religionsfreiheit bringt die Verfolgung anderer Religionen häufiger zur Sprache als irgendwelche andere Medien. Wenn ich etwa daran denke, wie oft die bedrohliche Lage der Bahai in einigen Ländern in christlichen Medien erwähnt wird, dann dürfte das eine der gewichtigsten Stimmen für die Bahai – denen unsere ganze Solidarität gilt – sein.

Die USA auf Ebene des Parlamentes und Präsidenten bzw. Außenministeriums unterhalten zwei säkulare, religionsübergreifende Kommissionen für Religionsfreiheit, die jährlich umfassende Berichte vorlegen. Wer sich etwas mit deren Vorgeschichte auskennt, weiß, dass dies maßgeblich auf den enormen Einsatz von katholischen, evangelischen und evangelikalischen Christen in Zusammenarbeit mit Juden aller Richtungen zurückzuführen ist und nun allen Religionen zugute kommt.

Und es sind gerade Menschenrechtsorganisationen wie die „Gesellschaft für bedrohte Völker“ oder die „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“, die sich lautstark gegen Christenverfolgung einsetzen und die am deutlichsten auf die Verfolgung anderer religiöser Minderheiten hinweisen.

3. Der Einsatz gegen Christenverfolgung soll ausdrücklich nicht besagen, dass Christen immer nur Opfer und nie Täter seien. Wenn wir einmal von der Geschichte ganz absehen, in der Christen sich oft gegenseitig und erst recht andersdenkende Menschen verfolgt haben – wobei die großen und die kleinen Kirchen hier eine sehr unterschiedliche Bilanz haben –, gibt es genügend komplizierte Situationen wie in Nigeria oder im Sudan, wo es Gewalt auf allen Seiten gibt, oder auch christliche Länder wie Russland, wo es mit dem Umgang mit Menschen anderen Glaubens nicht immer zum Besten steht.

Nur: Soll ich mich nicht für die zu Hunderttausenden aus ihren Dörfern vertriebenen Christen im Irak und Indien einsetzen, weil Christen in der Geschichte Fehler gemacht haben oder eine Minderheit von ihnen in

wenigen Ländern immer noch dem Traum nachhängt, ihren Glauben durch Gewalt und mit Hilfe des Staates durchsetzen zu können?

4. Ein Vorwurf an uns lautet, die Hervorhebung von Christenverfolgung vereinfache komplizierte Situationen bis zur Unkenntlichkeit und blende andere als religiöse Faktoren aus.

Es geht aber nicht darum, die Verletzung von Religionsfreiheit gegen die Unterdrückung von Frauen, gegen Völkermord oder fehlende Pressefreiheit auszuspielen. In der Realität hängen die Menschenrechte ohnehin so eng zusammen, dass Staaten, die die Religionsfreiheit verletzen, meist auch viele andere Menschenrechte verletzen, und natürlich auch umgekehrt. Es geht auch nicht darum, zu leugnen, dass die Unterdrückung von Religionen fast immer mit komplizierten ethnischen, wirtschaftlichen oder sozialen Problemen einhergeht. Schon die Apostelgeschichte berichtet, dass in Ephesus Christen verfolgt wurden, weil die Bekehrungen die Goldschmiede um eine wichtige Einkommensquelle brachten. Wie viel mehr ist uns heute das komplizierte Geflecht aus wirtschaftlichen, sozialen, ethnischen und religiösen Problemen bewusst.

Worum es geht

Es geht darum, dass die Religionsfreiheit als selbstverständlicher Bestandteil ins Konzert der Menschenrechte zurückkehrt und in der Politik oder etwa in den Medien ebenso uneingeschränkt unterstützt wird wie beispielsweise Kinder- und Frauenrechte oder das Folterverbot. Ist es nicht so, dass es manchmal einfacher ist, für ethnische Minderheiten einzutreten, als für religiöse Minderheiten? Hat nicht die Diskussion um die Aufnahme von Religionsflüchtlingen aus dem Irak gezeigt, dass man – vom UN-Flüchtlingskommissar über die EU bis hin zu den Bundesländern – gerne gehabt hätte, die alten christlichen Minderheiten oder etwa die Mandäer nur als ethnische Minderheiten zu sehen – was sie ja auch sind – und den religiösen Aspekt zu verschweigen? Erfreulicherweise ist die Bundesregierung nicht darauf eingegangen, als müsse es einem peinlich sein, auf die religiöse Bestimmtheit von Minderheiten und die auch religiösen Motive von Menschenrechtsverletzungen hinzuweisen.

Das Recht auf Gewissens- und Religionsfreiheit spielt für die Geschichte der Menschenrechte eine zentrale Rolle, wird heute aber oft zu wenig beachtet. Schaut man sich die politischen Aktivitäten und insbesondere die Medien der letzten Jahrzehnte an, konnte man den Eindruck gewinnen, als sei die Verletzung von Reli-

gionsfreiheit nur ‚unter ferner liefen‘ interessant und müsse warten, bis andere Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet sind.

Zudem ist Artikel 18 der einzige innerhalb der UN umstrittene Artikel der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“. Vor allem das Recht auf Religionswechsel ist derzeit auf Drängen der Organisation Islamischer Staaten bei den Vereinten Nationen unter schweren Beschuss geraten – Deutschland hat ja zu genüge dagegen protestiert. Das Auswärtige Amt hatte deswegen 2008 für sein Symposium zum 60jährigen Jubiläum der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bewusst und erfreulicherweise Artikel 18 zur Religionsfreiheit als Thema gewählt.

Zur Sonnenseite: Christentum und Demokratisierungswellen

Lassen Sie mich umgekehrt einmal darauf zu sprechen kommen, warum denn Christenverfolgung im 21. Jahrhundert zu Recht ein Thema ist, dass einer besonderen Berücksichtigung bedarf.

Das Christentum genießt die Sonnenseite der Religionsfreiheit stärker als die anderen großen Weltreligionen, aber auch deutlich seine Schattenseite. Keine andere große Religionsgemeinschaft hat einen so hohen Prozentsatz an Mitgliedern, die unbehelligt ihre Religionsfreiheit leben können. Das hat natürlich damit zu tun, dass fast alle ehemals „christlichen“ Staaten, also Staaten mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit, heute Religionsfreiheit gewähren.

Andererseits hat keine andere große Religionsgemeinschaft einen so hohen Prozentsatz an Angehörigen aufzuweisen, die von ständigen Schikanen bis hin zur Bedrohung an Leib und Leben betroffen sind. Und auch unter den kleineren Religionen gibt es nur wenige mit vergleichbaren Prozentsätzen, wie etwa die Baha’i, die dies wesentlich ihrer Gründung im Iran und ihrer starken Verbreitung in der islamischen Welt zu verdanken haben.

Der Hintergrund ist etwas, das ich jetzt gerne und lange ausführlich diskutieren würde, hier aber verkürzt darstellen muss, nämlich das Verhältnis von Demokratie und Mehrheitsreligion eines Landes. Manfred G. Schmidt schreibt in einem Buch ‚Demokratietheorien‘: „Die Demokratie wurzelt vor allem – jedoch nicht ausschließlich – in Ländern, die kulturell vom Christentum geprägt sind und – trotz einer langwierigen spannungsreichen Beziehung zwischen Demokratie und christlichen Religionen – von dort Leitvorstellungen für die Ordnung des Zusammenlebens übernommen und weiterentwickelt haben.“ (S. 422–423).

Samuel P. Huntington hat 1993 die berühmte, weit hin rezipierte These von vier Wellen der Demokratisierung aufgestellt. Neben soziologischen und wirtschaftlichen Faktoren stellt er dabei eine auffallende Häufung der religiösen Mehrheitsreligion bzw. -konfession fest, nach der – hier von mir vereinfachend wiedergegeben – in der ersten Welle 1828–1926 vor allem protestantische, in der zweiten 1943–1962 vor allem protestantische, katholische und fernöstliche, in der dritten Welle 1974–1988 vor allem katholische und orthodoxe Länder demokratisch wurden und in der vierten Welle nach 1989/1990 alle genannten Religionen wieder zum Zuge kamen. Am Ende steht, dass von 88 freien Demokratien 79, das heißt 90 %, mehrheitlich christlich sind. Daneben steht eine jüdische Demokratie und sieben Demokratien mit Mehrheiten von Anhängern fernöstlicher Religionen, wobei in Mauritius und Südkorea Christen eine zweite große Bevölkerungsgruppe darstellen. Nur Mali hat eine mehrheitlich muslimische Bevölkerung in einem freien, demokratischen Staat.

Ist es Zufall, dass sich die Zuordnung von religiöser Ausrichtung und Fähigkeit zur Demokratisierung nach dem Zusammenbruch des Sowjetimperiums wiederholte und die säkularen, protestantischen und katholischen Länder aus dem ehemaligen Einflussbereich des Sowjetkommunismus alle recht schnell zu funktionierenden demokratischen Staaten wurden, während dies in den orthodoxen Ländern nur zum Teil (unvollendet blieb etwa die Demokratie in Russland, Georgien, Montenegro und Mazedonien), und die islamischen alle – trotz hoffnungsvoller Anfänge – gar nicht der Fall war?

Damit soll nicht gesagt werden, dass islamische Länder grundsätzlich nicht demokratiefähig oder zu Religionsfreiheit fähig wären, was ja die Situation im Land Mali seit 1991 widerlegt. Erst recht kann es sicher nicht darum gehen, aus irgendwelchen historischen Vorteilen des Christentums Gründe für ein christliches Überlegenheitsgefühl abzuleiten. Demokraten, auch christliche Demokraten, kann nur der Wunsch beseelen, dass auch muslimische Staaten demokratisch werden.

Aber man muss eben sehen: Christen genießen soviel Religionsfreiheit, weil sie in Demokratien leben, die in praktisch allen ehemals christlichen Ländern entstanden sind. Eine gewisse Ausnahme von der Regel bieten etliche orthodoxe Länder, die sich noch im Zwischenfeld zwischen Demokratie und autokratischen Staaten befinden und deswegen Religionsfreiheit teilweise beschränken.

In der islamischen Welt ist das genau umgekehrt. Unter den Ländern, in denen es keine Demokratie gibt, sind über 80 % muslimische Länder. Es gibt in diesen

Ländern keine demokratischen Freiheiten, damit auch nicht für andere als die Staatsreligionen und damit auch nicht für Christen. Damit mich hier keiner falsch versteht: ich will nicht sagen, in der islamischen Welt sei alles schlimm und in der christlichen Welt sei alles wunderbar. Ich erinnere dazu noch einmal an einige orthodoxe Länder, die insofern problematisch sind. Zudem habe ich bereits Mali – man könnte auch Senegal ins Spiel bringen – als islamisches Land erwähnt, in dem es Religionsfreiheit gibt.

Das Fazit: Würde es mehr umfassende Demokratien in der islamischen Welt geben, gäbe es dort auch mehr Religionsfreiheit. So aber gibt es selbst in den wenigen islamischen Ländern mit wirklich gewählten Regierungen keine echte Religionsfreiheit, wie etwa in der Türkei und Indonesien.

Neben dem Kommunismus geht die Einschränkung der Religionsfreiheit weltweit vor allem von islamischen Ländern aus. Was dabei aber oft vergessen wird: Davon sind Muslime selbst besonders betroffen! Denn der Terror des islamistischen Fundamentalismus fordert seine Opfer ja auch sehr stark unter Muslimen – man denke nur an den Irak. Und die mit Gewalt durchgesetzte islamische Staatsreligion trifft vor allem erst einmal islamische Abweichler wie die Aleviten oder die Sufis – islamische Mystiker –, sowie im islamischen Bereich entstandene kleinere Religionen wie die Bahai. Islamische Mystiker oder die Ahmadiyyabewegung haben etwa in der Türkei ebenso wenig Religionsfreiheit wie die christlichen Kirchen. Moscheen darf dort nämlich nur der Staat unterhalten und ausdrücklich keine abweichende islamische Bewegung.

Die Lage der Religionsfreiheit

Die in Washington angesiedelte PEW-Foundation hat in einer Studie Ende 2009 alle vorhandenen internationalen Erhebungen zur Religionsfreiheit zusammengeführt und ist dabei zu einem ähnlichen Ergebnis gekommen, wie 2008 das ebenfalls in Washington ansässige ‚Center for Religious Freedom‘ des Hudson Instituts oder unser Internationales Institut für Religionsfreiheit:

In 64 Ländern der Erde, also einem Drittel, gibt es keine oder nur eine sehr eingeschränkte Religionsfreiheit. Diese 64 Länder machen nicht weniger als zwei Drittel, genauer 70% der Weltbevölkerung aus. An bewaffneten Konflikten mit mehr als 1.000 Toten, in denen die Religionszugehörigkeit eine zentrale Rolle spielt, waren nicht weniger als 24 Länder beteiligt, aus denen 18 Mio. der Flüchtlinge weltweit hervorgingen. Schauen wir uns die 64 Länder ohne oder mit eingeschränkter Religionsfreiheit näher in Bezug auf die beiden größten Weltreligionen an. Eine nennenswerte

Anzahl an Muslimen, die in einem nichtmuslimischen Land mit eingeschränkter Religionsfreiheit leben, gibt es nur in einem einzigen Land, nämlich in Indien. Umgekehrt: eine nennenswerte Zahl von Christen, die in einem christlichen Land mit einer eingeschränkten Religionsfreiheit leben, gibt es nur in einem einzigen Land, nämlich in Russland.

Wenn wir einmal im Moment Indien und Russland außen vor lassen, wird der Unterschied zwischen der Lage der Christen und der Muslime schnell deutlich: 700 Mio. Muslime, die in Ländern mit eingeschränkter oder ohne Religionsfreiheit leben, leben in islamischen Ländern, also dort, wo sie von der eingeschränkten Religionsfreiheit begünstigt werden.

Dagegen leben 200 Mio. Christen, die in Ländern mit eingeschränkter oder ohne Religionsfreiheit leben, gerade in nichtchristlichen Ländern, verteilt überwiegend auf kommunistische Länder, auf islamische Länder (und eben auf Indien).

Das heißt, dass alleine nach dem Zahlenmaterial Muslime viel weniger Religionsfreiheit genießen als Christen, da sie aber in muslimischen Ländern leben, merken sie dies nur, wenn sie aus ihrer Religion ausbrechen wollen oder wenn sie staatlicherseits nicht geduldeten Richtungen oder Abspaltungen zugehören.

Die Schattenseite: Christenverfolgung ohne Parallele

Inwiefern berechtigt uns nun aber die Häufigkeit und Massivität der Christenverfolgung weltweit, sie speziell in den Blick zu nehmen? Stimmt es, dass die Verfolgung von christlichen Minderheiten weltweit solche Ausmaße angenommen hat, dass sie sich rein zahlenmäßig aufdrängt, wenn es um Religionsfreiheit geht? Im Ergebnis kann man feststellen, dass es derzeit keine verlässlichen Zahlen über die jährliche Anzahl der christlichen Märtyrer gibt.

Wir haben uns daher Kritik aus der Vergangenheit zu Herzen genommen, dass man ohne solide Forschung keine Forderung an die Politik stellen kann, und deshalb das Internationale Institut für Religionsfreiheit in Bonn, Kapstadt und Colombo / Sri Lanka zu Forschungszwecken gegründet. Gemeinsam mit anderen Organisationen wie der PEW Foundation oder dem Hudson Institute in den USA können wir heute eine viele bessere Datengrundlage zur Frage der Religionsfreiheit vorlegen – eine glaubwürdige Schätzung der christlichen Märtyrer pro Jahr (oder der Opfer anderer Religionen) ist allerdings darin derzeit nicht enthalten und wird noch einiges an Forschungsarbeit kosten.

Dabei ist es innsbesondere schwierig, einheitlich für die ganze Welt zu definieren, ab wann man eigent-

lich verfolgt ist. Schon, wenn man nur die Sorge hat, dass die eigene Kirche während eines Gottesdienstes angesteckt werden könnte? Oder erst, wenn sie wirklich angesteckt wurde? Ist man nur verfolgt, wenn die Religion der einzige Grund für Schikanen ist, oder auch, wenn sie nur ein Element unter vielen anderen Gründen für Schikanen darstellt?

Wählen wir ein Land wie Indien: Sind alle Christen betroffen, wenn ständig einzelne Kirchen angesteckt werden, da sich alle naturgemäß Sorgen machen, die eine Kirche besuchen, oder sind nur die betroffenen, in deren Provinzen solch schreckliche Ereignisse direkt um die Ecke geschehen, wie in Orissa oder Karnataka? Oder China: Einerseits sind alle Christen irgendwie betroffen. Andererseits finden jeden Sonntag Hunderttausende Gottesdienste in China statt und es befinden sich nur einige Dutzend Pastoren im Gefängnis.

Der hinduistische Fundamentalismus in Indien richtet sich auch gegen Muslime. Aber zu den 50.000 betroffenen Christen aus dem indischen Bundesstaat Orissa, die in den Jahren 2008/2009 aus ihren Häusern vertrieben wurden, wobei etwa 500 Menschen starben, und die immer noch in Zelten leben, gibt es weltweit kaum eine Parallele.

Zu den 100.000 mit Waffengewalt von den indonesischen Molluken-Inseln vertriebenen Christen in den Jahren 2000/2001, wobei es mehrere tausend Tote gab, gibt es derzeit ebenfalls keine Parallele. Im Sudan und Nigeria starben ebenso große Zahlen von Christen – so kompliziert im Einzelnen auch die Lage in diesen Ländern an der Scheidegrenze zwischen Islam und Christentum in Afrika sein mag.

Die Vertreibung von Hunderttausenden Christen aus dem Irak 2007-2009 ist derzeit ohne Parallele in der gesamten Religionswelt. Und dabei ist diese Vertreibung nur ein kleiner Baustein einer größeren Entwicklung: Vor unseren Augen nimmt der Anteil der alteingesessenen orientalischen und katholischen Kirchen in den islamischen Kernländern dramatisch ab. Jedes mal, wenn ich den Ökumenischen Patriarchen der Orthodoxen Kirche in Istanbul treffe, nennt er mir eine kleinere Zahl der Angehörigen seiner Kirche in der Türkei, wo einst Millionen von Christen lebten. Selbst in Ägypten, dem einzigen islamischen Kernland, in dem sich eine orientalische christliche Kirche in Millionenstärke gehalten hat, lässt die jüngste Entwicklung befürchten, dass die Zeit des jahrhundertelangen Burgfriedens vorbei ist.

Wer diese dramatischen Ereignisse des 21. Jahrhunderts durch geschichtliche Ereignisse überbieten will, muss schon auf die Verfolgung der Juden im Dritten Reich oder die blutigen Unruhen zwischen Hindus und Muslimen während der Gründung Indiens und

Pakistans zurückgehen oder – wieder im Rahmen der Christenverfolgung – auf die Massenmorde durch Stalin oder Mao.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel wählen. In vielen Ländern ist es gefährlich, den Islam zu verlassen, gleich ob in Richtung Atheismus, Baha'i oder als Sekten angesehene islamische Richtungen. Nur geschieht eine solche Absetzung am häufigsten in Richtung der anderen großen Weltreligion, dem Christentum. Apostasie, der Abfall vom Islam, kann nach islamischem Recht mit dem Tod bestraft werden – und in Iran und im Jemen, in Afghanistan, in Somalia, Mauretanien, Pakistan, Katar und Saudi-Arabien gilt dafür noch immer die Todesstrafe. Selbst im säkularen Ägypten erregen Konvertiten den Zorn der Staatsmacht. So verteidigte der Religionsminister die in Ägypten nicht existierende Todesstrafe für Konvertiten – weil der Abfall vom Islam einem Hochverrat gleichkomme.“

Ist die christliche Mission schuld? Zum Ethikkodex für Mission

Ich möchte mich noch einer anderen Frage zuwenden: Sind Christen vielleicht selbst schuld daran, dass sie so viel verfolgt werden? Etwa, weil sie missionieren und ihre Mission so erfolgreich ist? Dazu möchte ich folgendes sagen:

1. Wie kommt es dann, dass so viele nichtmissionarische Kirchen verfolgt werden, etwa die orientalischen Kirchen im Irak oder in der Türkei oder die katholische Kirche auf den Molukken?
2. Ich kann nicht erkennen, dass nichtmissionarische Kirchen in der Türkei – um nur ein Beispiel zu wählen – mehr Rechte haben als die missionarisch gesinnten protestantischen Gemeinden. Diese bestehen aus ehemaligen Muslimen, die sich viel unmittelbarer als Türken und normale Staatsbürger verstehen und die viel offensiver ihr Recht auf Religionsfreiheit einfordern. Alle Christen dürfen keine Kirchen bauen und keine Pastoren ausbilden. Und alle Richtungen erleben Gewalt, vom Verprügeln bis zum Mord: etwa Katholiken, Armenier, Protestanten und Evangelikale.
3. Öffentliches Praktizieren und Verbreiten des eigenen Glaubens ist zentraler Bestandteil der Religionsfreiheit, wie ein kurzer Blick in die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte oder das Grundgesetz lehrt. Wollen wir zurück zu Zeiten, wo man etwa in Österreich nur dann Protestant sein konnte, wenn es niemand mitbekam, weswegen evangelische Kirchen wie Wohnhäuser aussehen mussten?

Unsere Welt lebt vom Austausch von Wissen, Meinung und Überzeugung. Die Medien und die Politiker wollen uns ebenso ihre Überzeugung mitteilen,

wie die Werbung, Greenpeace oder Amnesty International. Und da sollte Religion und Nichtreligiosität ausgenommen werden? Wie eine Art Museum sollten wir die Religionszugehörigkeit die nächsten hundert Jahre einfrieren? Zur Freiheit des Menschen gehört es, sich überzeugen zu lassen und zu versuchen, andere zu überzeugen – nur sollte er es völlig friedlich und im Respekt vor der Würde des anderen tun.

Die Nagelprobe jeder Religionsfreiheit ist 1. der Umgang mit religiösen Minderheiten und 2. der Religionswechsel. Wo etwa ein Bürger die Mehrheitsreligion nicht zugunsten einer atheistischen Weltanschauung verlassen konnte oder kann – gleich ob im Bayern des 18. Jh. oder in der Türkei heute –, da liegt keine wirkliche Religionsfreiheit vor.

Die Alternative wird in Zukunft nicht sein, ob wir alle Staaten und Religionen dafür gewinnen können, ganz darauf zu verzichten, andere Menschen für ihre Religion zu gewinnen, und sei es für den Atheismus. Die Alternative wird vielmehr sein, ob wir alle Staaten und Religionen dafür gewinnen können, in Harmonie friedliche Missionsarbeit untereinander zu ermöglichen und dabei auf jeden gewaltmäßigen oder gesellschaftlichen Druck zu verzichten.

Lassen Sie mich nur ganz kurz aus Sicht der Religionssoziologie anmerken: Dank der Globalisierung wird die Zahl der Religionswechsler weltweit in den nächsten Jahren weiter stark anwachsen. Zum einen, weil die Jugend – längst nicht mehr nur die westliche Jugend – für sich in Anspruch nimmt, sich selbst ihre Religion zu wählen, wie den Musikstil, die Mode oder den Beruf. Zum anderen, weil Dank der Reisemöglichkeiten und des Internets Menschen andere Religionen in einem Maße kennenlernen wie nie zuvor. Verhindern kann man das auf Dauer nicht.

Wenn ich für Mission und Religionswechsel als Teil der Religionsfreiheit plädiere, sei allerdings darauf verwiesen, dass der Staat das Recht und die Pflicht hat, einzugreifen, wenn Religionen den Rahmen der friedlichen Darstellung ihres Glaubens überschreiten und die Menschenrechte anderer missachten.

Die römisch-katholische Kirche, der Weltkirchenrat und die Weltweite Evangelische Allianz sind deswegen seit zwei Jahren dabei, einen Ethikkodex für Mission zu formulieren, der auch deutlich machen soll, dass nur friedliche Mission, die die Menschenwürde anderer respektiert, unter den Schutz der Menschenrechte fällt – eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die ‚Oslo Coalition‘, eine gemeinsame Initiative von Fachbereichen der Universität Oslo mit allen Kirchen und nichtchristlichen Religionsgemeinschaften Norwegens haben gerade in ähnlicher Weise eine religi-

onsübergreifende Erklärung ‚Missionary Activities and Human Rights‘ erarbeitet und veröffentlicht, die wegweisend ist.

Der Diskurs nimmt zu und lohnt sich

Noch nie wurde soviel gegen die Verfolgung von Menschen wegen ihrer Religion und gegen Christenverfolgung unternommen. Zudem wird das Thema zunehmend zum Thema des politischen Diskurses und der Wissenschaft.

Spannend und lehrreich war etwa ein internationales Treffen in Istanbul, zu dem die Templeton-Foundation Gelehrte, die für Religionsfreiheit eintreten, aus aller Welt eingeladen hatte. Dabei konnte ich mich mit mehreren islamischen Gelehrten austauschen. Keiner von diesen hat unmittelbaren Einfluss auf die Politik islamischer Staaten. Aber es gibt eine große und wachsende Zahl von Koranglehrten, die der Meinung sind, dass der Umstand, dass der Abfall vom Islam in aller Welt streng verboten ist bzw. in vielen Ländern sogar mit der Todesstrafe bedroht ist, mit der islamischen Geschichte und Theologie nicht zu vereinbaren ist. Ein Muslim berief sich sogar auf eine Stelle in der islamischen Überlieferung (Hadith), nach der Mohammed jemandem, der sich ihm bereits angeschlossen hatte und wieder zum Christentum zurückkehren wollte, Gottes Segen wünschte.

Aus meiner Erfahrung kann ich sagen: Der gegenwärtige Einsatz von Regierenden und Politikern für Religionsfreiheit lohnt sich. Wenn ich an die häufigen Äußerungen etwa des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder gegen Christenverfolgung in den Medien denke, wäre er wahrscheinlich erstaunt, wer das alles weltweit sehr genau registriert und wie viele Staaten Schlimmeres unterlassen, weil sie sich beobachtet fühlen.

Und auch die politische Intervention lohnt sich: In Indien wären in Orissa noch viele Hunderte Christen mehr getötet und Tausende mehr vertrieben worden, wenn nicht westliche Regierungen die indische Bundesregierung zur Entsendung des Bundesheeres bewegt hätten. Spät genug, aber das Heer beendete den Spuk über Nacht. Auf den Molukken in Indonesien war es ähnlich, nur dass die Bundesarmee noch länger wartete. Aber ohne den Druck von außen wäre das Massenabschlachten wahrscheinlich nie durch die Armee beendet worden.

IIRF Reports (in English language):

Vol. 1 (2012) Issue 1/January: Th. Schirmmacher, The Situation of Christians and Muslims according to the Pew Forum's "Global Restrictions on Religion"

Vol. 2 (2012) Issue 2/February: Tehmina Arora, India's Defiance of Religious Freedom: A Briefing on 'Anti-Conversion' Laws

IIRF Bulletin (in German language):

Jahrgang 1/2012, Heft 1/Januar: Th. Schirmmacher, Hitlers Ablehnung von Humanität und Menschenrechten

Jahrgang 1/2012, Heft 2/Februar: Th. Schirmmacher, Verfolgung & Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert

Internationales Institut für Religionsfreiheit

Bonn – Cape Town – Colombo der Weltweiten Evangelischen Allianz

www.iirf.eu

- Forschungsprojekte
- Buchveröffentlichungen
- Fachzeitschrift
- Anwaltlicher Einsatz für Betroffene
- Weltweites Netzwerk von Fachleuten
- Einrichtung von Lehrstühlen
- Gutachten für Gerichte, Behörden und Parlamente
- Statistische Erfassung der Verletzungen von Religionsfreiheit und Christenverfolgung



*... Weltweites Netzwerk
von Fachleuten*